

Saskia Richter

Anschlussfähige politische Kraft in sich wandelnden Systemen

Grüne Parteien in Europa

Vor genau 30 Jahren konstituierten sich Die Grünen auf Bundesebene, vor 20 Jahren formierte sich Bündnis 90 in der DDR. Etablierte Größe zwar auf nationaler Ebene, sind beileibe nicht alle grünen Parteien in Europa stabil. Welche Kriterien entscheiden über Erfolg oder Misserfolg? Wie steht es um die Zukunft? Stimmt die These von der »Verbürgerlichung« der Grünen?

Saskia Richter

(* 1978) ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

saskia.richter@fu-berlin.de



Aus der Europawahl 2009 gingen die grünen Parteien gestärkt hervor. Die Grüne/EFA-Fraktion hat 14 Mandate hinzugewonnen und ist nun mit 55 Abgeordneten vertreten. Dabei haben vor allem die französischen Grünen zugelegt und sind wie die deutschen mit 14 Mandaten vertreten. Insgesamt konnten die grünen Parteien in Europa mit 7,4 % der Stimmen zwei Punkte hinzugewinnen. Doch der Erfolg verteilt sich nicht gleichmäßig.

In Skandinavien sind besonders in Finnland die Grünen (Vihreä liitto) erfolgreich, wo sie 1995 in Kooperation mit den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung erlangten. 2002 allerdings verließen sie die Regierung aus Protest gegen den parlamentarischen Beschluss über den Bau eines neuen Atomkraftwerks. In Norwegen und in Dänemark sind die Grünen dagegen eher schwach. In Norwegen gibt es zwar keine ökologische Partei im Parlament, dafür aber eine »Grünfärbung« der Sozialisten und der Bauernpartei (Stöss/Haas/Niedermayer). Die grüne Partei in Dänemark (De Grønne) schaffte es kaum,

sich zu etablieren; 2001 erhielt sie in einer Kooperation mit den Sozialisten vier Mandate im Nationalparlament.

Grüne Parteien reüssieren vor allem im kontinentalen Kerneuropa mit zunehmender Tendenz. Sehr stark ist die parlamentarische Vertretung der ökologischen Parteien in Luxemburg und Österreich. 1983 gegründet, entwickelten sich die Grünen in Luxemburg (Partei Dei Greng, DG) seit 1995 zur »vierten politischen Kraft« im Parteiensystem. Sie verfolgen einen pragmatischen Kurs und sehen sich als Koalitionspartner aller drei klassischen Parteien. Die Grünen in Österreich zogen 1986 mit 4,8 % der Stimmen ins Parlament ein. Seitdem ist ihre parlamentarische Vertretung stabil. 2002 erreichten sie 9,5 % der Stimmen.

Gute Ergebnisse erzielen auch Die Grünen in Deutschland. Sie waren zu Beginn der 80er Jahre an einer neu aufkommenden Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Wertesystemen (Oskar Niedermayer) entstanden. Folgende Ereignisse wirkten als Katalysatoren: die Auseinandersetzung um die Atomkraft, die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss, auch eine steigende Anzahl von Asylanten- und Umsiedlerzahlen. Zudem profitierten Die Grünen von dem Mobilisierungshintergrund, der mit den Neuen Sozialen Bewegungen der 70er Jahre entstanden war.

Die belgischen Grünen entwickelten sich seit ihrer Gründung getrennt als die flämischen Grünen Groen (ehemals Aga-

lev) und die frankophonen Grünen Ecolo. Beide Parteien mussten 2003 empfindliche Wahlniederlagen hinnehmen.

Ähnliche Schwierigkeiten hatten die Grünen in Frankreich, die Mitte der 90er Jahre von 7,6 % (1993) auf 3,6 % (1997) abrutschten. 2002 stabilisierte sich das Wahlergebnis bei 4,5 %. Äußerst erfolgreich war jedoch das Wahlergebnis bei der Europawahl 2009.

In Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind die grünen Parteien schwach und nur gelegentlich im Parlament vertreten. Als Gründe hierfür werden in der Parteienforschung, neben Konzeptionslosigkeit und innerer Zerstrittenheit, eine geringe Nachfrage nach Neuer Politik und die schwache Verbreitung von postmaterialistischen Wertorientierungen genannt.

Die Entstehungsgeschichte grüner Parteien in postkommunistischen Ländern in Mitteleuropa ist eine andere als in Westeuropa. Zwar stand der Einsatz für Bürger- und Menschenrechte im Zentrum der Wende von 1989/90. Doch gleichzeitig sind die Konflikte des Westens, an denen sich die grünen Parteien in Westeuropa in den 70er und 80er Jahren gebildet haben, erst verspätet aufgetreten. Die Neuen Sozialen Bewegungen mit ihren unkonventionellen politischen Aktivitäten und die Expansion einer Ökophilosophie, die Jon Burchell in seinem Buch *The Evolution of Green Politics* als die zwei Schlüsselprozesse für die Gründung grüner Parteien genannt hat, gab es jenseits des Eisernen Vorhangs wenn überhaupt nur in rudimentären Ansätzen. So ist die Sensibilität für Umweltprobleme und die Bereitschaft, sich für den Schutz gesellschaftlicher Minderheiten und Randgruppen einzusetzen, in der Tschechischen Republik erst mit zunehmendem Wohlstand gewachsen. Hier gelang der grünen Partei der Aufstieg von einer außerparlamentarischen Politsekte zu einer gestaltenden Kraft.

People, die erste national organisierte grüne Partei in Europa, gründete sich im Januar 1973 in Großbritannien. Strate-

gisch gelang es der People-Partei nicht, sich mit den Umweltschutzverbänden zu verbünden. Nach ersten Wahlen nannte sich die Partei 1975 in Ecology Party um; 1985 erfolgte eine erneute Neubenennung in Green Party. Ende der 80er Jahre war der Gründungsprozess in Westeuropa nahezu abgeschlossen; die Parteien hatten sich in Ländern wie Frankreich, Belgien, Großbritannien, Luxemburg und der Bundesrepublik etabliert. Nach wie vor schwach waren die grünen Parteien in Dänemark, Norwegen und Portugal. Sie waren bis 1993 dort weder im nationalen Parlament noch im Europaparlament vertreten und verfügten nur über relativ lose Organisationsstrukturen und einen geringen Mobilisierungsgrad. Die Grünen in Großbritannien waren zudem aufgrund des Mehrheitswahlrechts benachteiligt.

Erfolg durch »silent revolution«

Nach dem sozialpsychologischen Erklärungsansatz entstanden die grünen Parteien in Westeuropa aufgrund des Wertewandels hin zum Postmaterialismus. So zumindest lautet die Erklärung des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Ronald Inglehart, der die These in den 70er Jahren aufstellte und den Wandel als »silent revolution« bezeichnete. Danach entwickeln Menschen in wohlhabenden Gesellschaften eine Neigung zu postmaterialistischen Werten wie politischer Freiheit, Umweltschutz, Gesundheit, Glück. Diese Werte wurden verstärkt im Milieu der Neuen Sozialen Bewegungen vertreten, aus dem der Ansatz einer Neuen Politik und die parteipolitische Vertretung durch grüne Parteien hervorgingen. Dazu kam in den 70er Jahren noch ein langfristiger Strukturwandel, dem die Gesellschaft unterworfen war.

Entscheidend für den Erfolg neuer Parteien war zudem die Unfähigkeit der etablierten Parteien, die neuen Fragestellungen

in ihr Programm zu integrieren. Oft waren es die sozialdemokratischen Parteien, die es versäumten, Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Vorstellungen von einer Gesellschaft jenseits der Industrienationen so in ihrer Agenda zu verankern, dass nicht ganze Wählerkohorten zu den neu entstehenden grünen Parteien abwanderten. In den Ländern, in denen linke Parteien die Umweltproblematik erfolgreich aufnahmen, entstanden keine oder nur kleine alternative Parteien.

Ferdinand Müller-Rommel hat in seiner 1993 erschienenen Studie *Grüne Parteien in Westeuropa* weite Deutungszusammenhänge genannt, die die Wahlergebnisse der Grünen in den 80er Jahren erklären: Die Wahlergebnisse der Grünen waren höher, wenn die Bevölkerungsdichte in einem Land höher, die Disproportionalität im Verhältniswahlssystem höher, die Wählerbewegung zwischen den politischen Parteien niedriger und die Neuen Sozialen Bewegungen in einem Land stärker waren. Müller-Rommel stellt zudem fest, dass zudem »neue« Wertorientierungen und das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Problemlösungskompetenz von nationalen Parlamenten die Wahlergebnisse der Grünen erklären.

In vielen Ländern Osteuropas entstanden vor den Wendejahren 1989/90 Umweltprotestbewegungen auch als Zeichen des antikommunistischen Widerstandes.

Heute sind diejenigen grünen Parteien erfolgreich, die koalitionsfähig sind und entweder mit sozialdemokratischen Parteien oder auch in anderen Konstellationen regieren können; dazu gehört es auch, fundamentalistische Gründungspositionen in den Bereichen der Umwelt-, Sozial- und Verteidigungspolitik zu relativieren. Zudem sind diejenigen grünen Parteien politisch erfolgreich, die eine starke Oppositionsarbeit leisten. Gute Wahlergebnisse erzielen grüne Parteien zudem in Ländern mit einer eher niedrigen Arbeitslosenrate und einem hohen Bruttosozialprodukt.

Schwarz-grüne Koalitionen

Es gibt die These, dass sich die Grünen in Deutschland zur Union hin öffneten und von alten Lagerzweigen befreiten. Gibt es hier oder in anderen Ländern Europas eine neue »linke Mitte« aus linksliberalem Bürgertum und studentisch-alternativem Milieu, die eine Koalition aus grünen und konservativen Parteien stützen könnte?

Die Wählerschaft der Grünen unterscheidet sich signifikant von der Wählerschaft anderer Parteien. Seit den 70er Jahren waren die Wähler der Grünen auch im Milieu der Neuen Sozialen Bewegungen beheimatet. Sie waren eher jung, gut ausgebildet, städtisch und im öffentlichen Dienst angestellt. Noch heute überwiegt ein hoher Bildungsgrad in der Wählerschaft, die Einstellungen sind postmateriell und eher basisdemokratisch orientiert. Die Wähler der Grünen arbeiten dort, wo der traditionelle Klassenkonflikt gewissermaßen nicht existent ist. So machen grüne Parteien in Europa auch heute Politik für sozial benachteiligte Gruppen, gewählt werden sie aber von Modernisierungsgewinnern, die sich Sozialpolitik leisten können und wollen. Gerade diese Bevölkerungsgruppe ist von ihrer Sozialstruktur her bürgerlich, alternativ-bürgerlich zwar, aber bürgerlich. Zu beachten ist, dass es in Osteuropa zwar grün-alternative Wähler gibt, dass die Milieus in diesen Ländern aber nicht so stabil gewachsen sind.

Konservative Wähler hingegen sind durchschnittlich älter, weniger gut ausgebildet und in ländlichen Gegenden angesiedelt. Ihre Einstellung ist traditioneller, Ehe und Familie spielen eine größere Rolle, sie sind nationaler orientiert, oft christlich. Dennoch und vielleicht gerade wegen dieser Unterschiede haben sich in den letzten Jahren schwarz-grüne Koalitionen in Europa gebildet. In Irland, Finnland, Tschechien und Lettland sind grüne Politiker mit Konservativen an den Regierungsbildungen beteiligt. All diese Regie-

rungen sind nach 2005 entstanden, also nach dem Ende der rot-grünen Regierungsbildungen der 90er Jahre. Für die grünen Parteien haben die Kooperationen mit den konservativen Parteien den Vorteil, dass sie sich besser abgrenzen können als gegenüber sozialdemokratischen Parteien. Die Profilbildung ist einfacher. Gleichzeitig sind Themen wie der Ausstieg aus der Atomenergie mittlerweile kein Ausschlusskriterium mehr: Finnland plant mit grüner Regierungsbeteiligung seinen sechsten Atomreaktor. Auch Lettland will seine Energielücken durch ein neues Kraftwerk schließen.

In Deutschland gilt die im Mai 2008 gebildete schwarz-grüne Koalition in Hamburg als Experiment. Doch als das gewagteste Projekt gilt die im Saarland verabschiedete Jamaika-Koalition. Nach der Landtagswahl wirkte nicht die Ausschließlichkeit dieser Koalitionsoption, sondern die von den Grünen als regierungsunfähig betrachtete Linkspartei als Treiber. Insgesamt bietet ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen ungleich mehr Konfliktpotenzial als ein traditionelles Zweierbündnis. Auf Bundesebene sind diese Koalitionen bei den Parteimitgliedern unbeliebt und werden auch von Spitzenpolitikern bisher nicht vorangetrieben.

Anzumerken bleibt hier, dass auf Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition gebildet werden würde, stimmten die arithmetischen Voraussetzungen hierfür. Bei solchen Gelegenheiten lockt die Machtoption auch grün-alternative Parteien zur Regierungsbildung. Dieser Fall ist in Irland eingetreten, wo die Grünen vor den Wahlen 2007 noch vor den Konservativen gewarnt hatten und nun mit 4,7 % der Stimmen drei Minister stellen. Anders wird es bei den Dreierkoalitionen sein: Hier werden die Parteien schon vor den Wahlen Anknüpfungspunkte zu potenziellen Koalitionspartnern herstellen müssen, die im Falle eines ausreichenden Wahlergebnisses, Koalitionsbildungen ermöglichen.

Aktuelle Situation

Die gegenwärtige Situation ist stabil. In einem Zeitraum von knapp 40 Jahren haben sich in fast allen europäischen Ländern grüne Parteien gegründet. Dennoch sind die Wähleranteile grüner Parteien nicht beliebig steuerbar. Grüne Parteien bleiben in erster Linie Klientelparteien, die den europäischen Volksparteien zwar Wähler streitig machen können, die die Position von Sozialisten, Sozialdemokraten oder Konservativen aber nicht einnehmen können. Und: Regierungsbeteiligungen grüner Parteien sind zunächst instabil. Grüne Parteien bilden den jeweils kleineren Koalitionspartner; sie können in dieser Position Themen setzen, sind aber nur eingeschränkt handlungsfähig, wie das Beispiel Finnland zeigt.

International kooperierten grüne Parteien und deren Vorgängerorganisationen schon in den 70er Jahren auf transnationalen Ebenen der Neuen Sozialen Bewegungen. Die internationale Vernetzung wird seit den 80er Jahren vorangetrieben, ist jedoch aufgrund der kürzeren Geschichte und der Unterschiedlichkeiten grüner Parteien in Europa organisatorisch weniger fest als bei älteren Parteien.

Sicherlich richtig ist, dass es zukünftig nicht mehr nur linke Koalitionen aus Sozialdemokraten und/oder Linken und Grünen in Europa geben wird, sondern dass sich neue Koalitionsformen finden. Zwar verlieren Sozialisten und Sozialdemokraten an grüne Parteien. Sie verlieren aber auch an Konservative und Liberale und an den Block der Nichtwähler. Mit den Verschiebungen der Wählerpräferenzen in den letzten Jahren gewinnen die konservativen Parteien, in manchen Ländern auch rechte Parteien. Mit diesen Veränderungen ergeben sich neue Koalitionen auch für die Grünen.

(Kurzfassung einer längeren Studie, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet wurde.)